

Pasinger Wasserpumpenhaus droht Abriss

Stadt favorisiert öffentliche Grünfläche ohne 150 Jahre altes Baudenkmal.

Wer sich gegen das unsoziale Büchergeld und den damit verbundenen zeitfressenden bürokratischen Wahnsinn äußern will, kann dies bei folgenden Adressen tun.

1. CSU-Landtagsfraktion, Maximilianeum, 81627 München
2. csu@csu-landtag.de

Dazu ein Briefentwurf der Landtags-SPD

Sehr geehrte Damen und Herrn,
die Einführung des Büchergeldes ist eine weitere Belastung der Familien, die Sie mit Ihrer Landtagsmehrheit zu verantworten haben. Diese Maßnahme steht im Widerspruch zu Ihren vollmundigen Versprechen, sich für die Familien und die Zukunft der Kinder einzusetzen. Das Büchergeld haben Sie mit der Begründung eingeführt, die Versorgung der Schüler mit Schulbüchern sei nicht optimal womit Sie ausnahmsweise mal Recht hatten. Dazu kann nur gesagt werden:

1. Für den mangelnden Bestand an aktuellen Schulbüchern ist Ihre Politik verantwortlich. Sie können nicht Ihre Versäumnisse auf dem Rücken der Kinder austragen!
2. Trotz Büchergeld werden keine neuen Bücher angeschafft, sondern die alten weiterverwendet!
3. Die Lehrerinnen und Lehrer werden jetzt mit bürokratischen Zusatzaufgaben überschüttet.
4. Den bürokratischen Aufwand wälzen Sie auf die Schulen und Kommunen ab. Dass das in der Sache nicht hilft scheint Ihnen gleichgültig zu sein.
5. Die Bedenken des Landesbeauftragten für Datenschutz ignorieren Sie einfach.

Ich fordere Sie auf, das Büchergeld umgehend zurückzunehmen und den Eltern, die es bereits bezahlt haben wieder zurückzugeben. Machen Sie Ihre Hausaufgaben!

Mit freundlichen Grüßen

Sogar der tief konservative und CSU-hörige Bayerische Philologenverband äußert sich kritisch zum Thema Büchergeld.

Büchergelderhebung übertrifft negative Erwartungen

Auswertung einer bpv-Umfrage ergibt 14.000 Stunden Unterrichtsausfall und jede Menge Probleme an Bayerns Gymnasien. Nach einer repräsentativen Umfrage an Bayerns Gymnasien sieht sich der Bayerische Philologenverband (bpv) in seiner Kritik am Büchergeld bestätigt: "Wir können unsere Vorbehalte nur erneuern", erklärte dazu der Verbandsvorsitzende Max Schmidt in München. "Das Büchergeld ist unsozial, weil es die Familien weiter be- statt entlastet und die Lernmittelfreiheit aushöhlt. Eltern leisten bereits durch Kiassenfahrten sowie Kopier- und Lektüregelder substanzielle Beiträge zur Schulbildung. Darüber hinaus produziert das Büchergeld Unterrichtsausfall für die Schüler und erhebliche bürokratische Mehrarbeit für die Schulverwaltung und den Lehrkörper."

Unterrichtsausfall schlimmer als erwartet

So wurden die negativen Erwartungen zum Unterrichtsausfall, den der bpv vorab auf ca. eine Stunde pro Klasse und somit insgesamt ca. 10.000 Stunden an allen öffentlichen und privaten Gymnasien geschätzt hatte, mit rund 14.000 Stunden noch deutlich übertroffen. Die Befragung ergab, dass nur 63 Prozent der Klassleiter mit einer Stunde ausgekommen sind, immerhin 23 Prozent brauchten zwei Stunden und sieben Prozent drei Unterrichtsstunden, bis das Büchergeld eingesammelt gewesen ist. So haben viele Schüler das Büchergeld nicht termingemäß mitgebracht oder nicht verschlossen im Umschlag abgeben wollen und dadurch weitere Unterrichtszeit blockiert.

Die Bürokratie schlägt zu

Der hohe Aufwand und der unverhältnismäßige Stundenausfall hängen auch mit dem bürokratischen Verfahren zusammen: An nur 32 Prozent der Schulen war eine ausschließlich bargeldlose Erhebung möglich. Diese verursacht den geringsten bürokratischen Aufwand. An 41 Prozent der Schulen erfolgte eine teils bargeldlose, teils bare Zahlung, was entsprechend komplizierter und zeitaufwändiger nachzukontrollieren ist. Dies spiegelt sich in den dafür aufgewendeten Stunden: 45 Prozent der Schulen schlugen sich bis zu 50 Stunden mit den entsprechenden Schülerlisten, Formularen und Überweisungsträgern herum, 23 Prozent immerhin über 75 Stunden. 16 Prozent der Schulen hatten rund 100 Stunden Arbeit und zwei Prozent sogar 200 Stunden. Erledigt wurde diese Arbeit an der Hälfte der Schulen von den Lehrkräften, die dieses Jahr durch die Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit und die Einführung des Arbeitszeitkontos ohnehin schwer überlastet sind. "Wir empfehlen erneut, die Barzahlung aus den Ausführungsbestimmungen des Gesetzes zu streichen", forderte Max Schmidt als Konsequenz. "Sie verursacht erhebliche Mehrarbeit und konzentriert hohe Geldsummen an den Schulen, die zum Einbruch einladen."

Pro Schule wurden für das Büchergeld an 21 Prozent der Schulen mehr als 4000 Kopien angefertigt, an 32 Prozent der Gymnasien noch über 3000. Befreit waren etwa zehn Prozent der Schüler. Das Verfahren ist noch nicht ganz abgeschlossen, da Mahnungen noch ausstehen.

Datenschutz missachtet

Die Sichtung der Umschläge durch die Lehrer haben rund ein Drittel der Eltern aus datenschutzrechtlichen Gründen kritisiert. Der bpv hält das Verfahren ebenfalls für äußerst problematisch und sieht sich durch die förmliche Beanstandung durch den Bayerischen Datenschutzbeauftragten Reinhard Vetter bestätigt. "Es ist unverständlich, wieso das Kultusministerium seine Staatsdiener trotzdem weiter zu einer solch fragwürdigen Praxis anhält", kritisierte Schmidt.

Ungerechtigkeiten für die K13 und die 8. Jahrgangsstufe

Unfair ist die Erhebung des Büchergeldes vor allem für die Kollegiaten der 13. Jahrgangsstufe: Da vom Geld erst im kommenden Jahr Bücher gekauft werden können, müssen sie zahlen ohne einen Nutzen davon zu haben. Die K13 eines bayerischen Gymnasiums hat deshalb vollständig die Zahlung verweigert. Besonders betroffen ist auch der Jahrgang 8 des G9, da er bis zum Abitur für sein Büchergeld nur alte, zerlesene Exemplare aus der Zeit der uneingeschränkten Lernmittelfreiheit bekommen wird. Trotzdem wurde das Geld bei 92 Prozent der Schulen komplett erhoben. Nur zwei Gymnasien meldeten einen Verkauf der alten Bücher an diese Schüler, die im Gegenzug vom Büchergeld befreit wurden.

Aber auch für die restlichen Schüler des G9 entstehen Probleme: An rund 40 Prozent der Schulen können sie nicht mehr ausreichend mit Schulbüchern versorgt werden, da die Verlage die Produktion wegen der Einführung des G8 eingestellt haben. Engpässe gibt es vor allem bei den Lehrwerken für Mathematik, Physik, Geschichte und Deutsch. Damit dürfte die vorab verbreitete Ansicht des Kultusministeriums widerlegt sein, die Erhebung des Büchergeldes bereite kaum Probleme. "Die Aussage des Kultusministeriums beruhte zum einen lediglich auf den Aussagen von drei Schulen, zum anderen war das Verfahren zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht abgeschlossen. Eine solche Vorgehensweise ist unseriös", kommentierte der Verbandsvorsitzende die Informationspolitik des Kultusministeriums.

Als "ungerecht, unsozial, umständlich, aufwändig und datenschutzrechtlich problematisch" bilanzierte Schmidt das Büchergeld abschließend. "Der Aufwand steht in keinem Verhältnis zum Ergebnis. Man sollte es einfach wieder abschaffen."

[Fenster drucken]

[Fenster schließen]